

An die Vorsitzenden der korporativen Mitglieder  
An die Einzelmitglieder  
An die Kreisverbandsvorsitzenden  
An die Mitglieder des Landesvorstandes

Nachrichtlich:

An die weiteren Fraktionsvorsitzenden  
in den Kreistagen und Stadtkreisen

Stuttgart, den 21. April 2010

### **Informationen des Landesverbandes**

Liebe Mitglieder, liebe Freie Wähler,

über die aktuellen Entwicklungen im und außerhalb des Landesverbandes möchte ich Sie informieren.

#### **1. Landtagswahl 2011**

In einer sehr gut besuchten Jahreshauptversammlung am 17. 4. 2010 in Markgröningen wurde zur Frage der Teilnahme an der nächsten Landtagswahl folgendes beschlossen:

#### **Die Freien Wähler Baden - Württemberg beteiligen sich nicht an der Landtagswahl 2011**

246 der 248 stimmberechtigten Delegierten stimmten für diesen Beschlussvorschlag des Landesvorstandes.

1 Stimme war dagegen. 1 Delegierter enthielt sich.

Mit diesem eindeutigen Votum erteilte die Delegiertenversammlung Überlegungen eine Absage, bei den Landtagswahlen 2011 zu kandidieren.

## **2. Freie Wähler Bundespartei und Landesvereinigung dieser Partei**

Auf Antrag des Präsidiums vom 16.4.2010 beschloss die Delegiertenversammlung nach umfangreicher Diskussion folgendes:

**Der Landesverband lehnt die Gründung einer Bundespartei mit dem Namen Freie Wähler und die Gründung einer Landesvereinigung dieser Partei in Baden-Württemberg ab.**

**Er unterstützt Aktivitäten in dieser Richtung nicht und distanziert sich davon.**

240 der 248 Delegierten stimmten dieser politischen Erklärung und dem Handlungsauftrag an den Vorstand zu.

Nur 6 Delegierte hatten für die Unterstützung der am 20. Februar gegründeten Bundespartei, die sich Freie Wähler (Vereinigung) nennt, gestimmt. 2 enthielten sich.

Die Diskussionsteilnehmer brachten zum Ausdruck, dass sie gegen die Veränderung der Freien Wähler zur Partei sind.

Auch die Benutzung des Namens Freie Wähler, den der Landesverband Baden-Württemberg als Dachverband der Vereine der Freien Wähler schon seit 54 Jahren führt, wurde abgelehnt. Landesvorsitzender Heinz Kälberer kündigte an, dass der Landesverband auch mit rechtlichen Mitteln gegen eine Landespartei oder Landesvereinigung vorgehen werde, die den Namen Freien Wähler führen wolle. Seiner Bitte der Verbandsführung des Landesverbandes die Unterstützung für ihr künftiges Handeln zu geben und eine klare politische Position zu beziehen entsprachen die Delegierten eindeutig.

- Hintergrund dieser Entscheidung ist folgender **Sachverhalt**:

Der **Bundesverband der Freien Wähler** hat 2009 der Gründung einer Freien Wähler Gruppe zugestimmt, die an der Europawahl teilnahm. Er stellte dieser Gruppe auch den Namen Freie Wähler zur Verfügung. Die Landesverbände Baden-Württemberg und Sachsen haben sich gegen diese Entwicklung gewehrt weil ab zu sehen war, dass das der erste Schritt zur Parteigründung war.

Dass die Freien Wähler sich zur Partei wandeln, wird von Baden-Württemberg entschieden abgelehnt. Deshalb ist der Landesverband Baden-Württemberg aus dem Bundesverband ausgetreten.

Der Bundesverband wurde jahrelang von Landrat Grein aus Bayern geleitet. Inzwischen ist Herr Hubert Aiwanger aus Bayern (Vorsitzender der bayrischen Landtagsfraktion der Freien Wähler) zum Vorsitzenden des Bundesverbandes gewählt worden.

Am 20. Februar wurde in Berlin eine **Bundespartei Freie Wähler** gegründet mit dem Namen Freie Wähler e.V.

Vereinszweck ist die Einflussnahme auf die politische Willensbildung und die Vertretung des Volkes in den Landtagen, dem Bundestag und dem europäischen Parlament, was natürlich nur nach Teilnahme an den Wahlen möglich wird.

Die Bundespartei will Landesvereinigungen gründen die den Namen Freie Wähler mit dem Namenszusatz des jeweiligen Bundeslandes führen.

Zur Unterscheidung vom Bundesverband wird die Zusatzbezeichnung Vereinigung verwendet. Obwohl der Begriff Partei nicht verwendet wird, handelt es sich um eine Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

Zum Bundesvorsitzenden der Partei wurde ebenfalls Herr Aiwanger gewählt.

Im Gegensatz zu den Verbänden (Bundes- und Landesverbände) die in der Regel aus korporativen Mitgliedern bestehen, können Parteien nur natürlich Personen als Mitglieder haben. Auch die Gründung einer Landesvereinigung erfolgt durch natürliche Personen.

Am 10. April 2010 fand auf Einladung von Herrn Aiwanger eine Informationsversammlung über die geplante Gründung einer Landesvereinigung der Partei in Baden-Württemberg statt. Die Federführung hat Herr Roland Baumgartner aus dem Landkreis Waldshut übernommen. Er hat zu einer Gründungsversammlung auf 21. Mai 2010 eingeladen und bei der Delegiertenversammlung des Landesverbandes für die Gründung geworben.

Die Befürworter der Partei vertreten die Ansicht, dass die Partei neben den klassischen Vereinen und Verbänden der Freien Wähler in Baden-Württemberg aufgebaut werden sollen und können. Beide Organisationen könnten die Rollen so verteilen, dass der Landesverband mit seinen Mitgliedern die kommunale Arbeit wahrnehmen und die Partei die Arbeit im Landtag, im Bundestag und im Europa-Parlament. Diese Doppelstruktur könnten nebeneinander arbeiten.

- **Bewertung des Landesverbandes:**

Die Wirkung die dadurch eintritt ist, dass der Wähler nicht mehr weiß sind die Freien Wähler Partei oder nicht. Die Medien und der Wähler wird auch nicht mehr unterscheiden können und wollen. Er wird die Freien Wähler den Parteien zuordnen. Und in der Freie Wähler Partei wird die gleiche Struktur entstehen wie in jeder Partei.

**Der Landesverband lehnt diese Doppelstrategie genauso ab, wie die Verwendung des Namens Freie Wähler in Baden-Württemberg.**

- **Rechtliches:**

Das Namensrecht und das Markenrecht ist Zivilrecht. Ein Name und eine Marke können nur im zivilen Klageweg geschützt werden.

Für Parteien gilt das Parteiengesetz.

Für die Zulassung zu Wahlen gilt das jeweilige Wahlrecht.

Bei Wahlen wird das zivile Namensrecht nicht geprüft.

Die Gründung der Bundespartei konnte der Landesverband nicht verhindern. Eine Parteigründung ist mit wenigen Personen und wenig formalen Hürden möglich. Sie läuft ähnlich einfach ab wie eine Vereinsgründung.

Auch die formalen Voraussetzungen zur Teilnahme an Landtags-, Bundestags- und Europawahlen sind nicht sehr hoch, wobei für jede Ebene unterschiedliche rechtliche Voraussetzungen bestehen. Und in den Bundesländern gelten für die Teilnahme an Landtagswahlen unterschiedliche Voraussetzungen.

In Baden-Württemberg ist eine Partei notwendig um flächendeckend kandidieren zu können.

- **Weitere Parteigründungen:**

Ergänzend sei noch folgendes informiert.

Ein Herr Martin Linek aus Karlsruhe hat zusammen mit anderen die Bundespartei Freie Wähler Gemeinschaft gegründet und will mit dieser Partei bei der Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg antreten.

In anderen Bundesländern haben andere Personen ebenfalls Parteigründungen mit dem Namensbestandteil Freie Wähler vollzogen.

Die frühere Mitstreiterin der Freien Wähler in Bayern, Frau Dr. Pauli hat eine Partei namens Freie Union gegründet.

### **3. Fazit:**

Die Freien Wähler in Baden-Württemberg sind in den letzten 60 Jahren vor allem erfolgreich, weil Sie qualifizierte Kandidatinnen und Kandidaten aufbieten können und weil sie keine Partei sind.

Weil sie keine Partei sind bilden sie für den Wähler eine Alternative.

Weil sie keine Partei sind, finden sie viele Menschen die für sie arbeiten und sie wählen.

Diese politische Alleinstellungsmerkmal geben sie auf, wenn sie sich an einer Partei beteiligen oder zur Partei werden.

Unser Landesvorsitzender und die meisten Diskussionsredner stellten fest, dass die Freien Wähler ihre Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie den Weg zur Partei mitgehen.

Der Landesverband will für die traditionellen Freien Wähler im Land ihre seitherige erfolgreiche Arbeit in den Gemeinden und Kreisen sichern.

Wer eine Partei gründen will soll das tun, aber nicht unter Benutzung des Namens, der in der Bevölkerung mit Parteilosigkeit und Unabhängigkeit schon seit Jahrzehnten verbunden ist.

Der Landesverband der Freien Wähler Baden-Württemberg wird sich mit allen Mitteln gegen den Missbrauch seines Namens und dem seiner Mitglieder zur Wehr setzen.

Geben Sie Ihren Mitgliedern und Wählern diese Informationen weiter. Für Fragen stehe ich Ihnen zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß



Georg Hiller  
Landesgeschäftsführer